

Deutschland: Kirchen äussern sich zur Ehe für alle

Während die katholische Bischofskonferenz und Evangelikale die Gleichbehandlung von lesbischen und schwulen Paaren verhindern wollen, kommt Unterstützung vom Rat der Evangelischen Kirche.



Die für diesen Freitag im Bundestag geplante Abstimmung zur Ehe-Öffnung für gleichgeschlechtliche Paare hat in den beiden grössten Kirchen Deutschlands ein unterschiedliches Echo hervorgerufen.

Die Deutsche Bischofskonferenz betonte am Mittwoch in einer Stellungnahme, "dass die Ehe – nicht nur aus christlicher Überzeugung – die Lebens- und Liebesgemeinschaft von Frau und Mann als prinzipiell lebenslange Verbindung mit der grundsätzlichen Offenheit für die Weitergabe von Leben ist." Die Kirche sei der Auffassung, "dass der Staat auch weiterhin die Ehe in dieser Form schützen und fördern muss."

Der Vorsitzende der Konferenz, Kardinal Reinhard Marx, betonte weiter, man bedauere, "wenn dieser Ehebegriff aufgelöst werden soll und damit die christliche Auffassung von Ehe und das staatliche Konzept weiter auseinandergehen." Es sei auch "wegen der von vielen Seiten geäusserten erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken völlig unangemessen, eine solche gesellschaftspolitische Grundentscheidung in diesem überstürzten Verfahren zu fällen."

Die Kirche hatte vermeintliche verfassungsrechtliche Bedenken bereits im September 2015 in einer Expertenanhörung im Rechtsausschuss des Bundestags kundgetan – die meisten Experten sahen damals keine Probleme. Marx betonte noch, es sei ein Missverständnis, "die hervorgehobene Rechtsstellung der Ehe und ihren bleibenden besonderen Schutz als Diskriminierung homosexuell veranlagter Männer und Frauen zu verstehen."

Der Regensburger Bischof Rudolf Voderholzer, ein Unterstützer der "Demo für alle", meinte am Mittwoch, die Ehe für alle sei die "Abkehr von einer in der Menschheitserfahrung seit unvordenklichen Zeiten hochgehaltenen und vom Grundgesetz ausdrücklich geschützten Institution": Der Ehe aus Mann und Frau als "einzigem Ort, an dem Menschen auf natürliche Weise gezeugt und zur Welt gebracht werden". Er betonte: "Niemand wird diskriminiert, wenn die Ehe als Lebensgemeinschaft von Mann und Frau als der Ort der Zukunftseröffnung einer Gesellschaft privilegiert und besonders geschützt wird."

Das Gesetz betreffe nur einen "kleinen Personenkreis", so Voderholzer. Der heranwachsenden Generation sei ein besserer Dienst erwiesen, "wenn wir ihr die Ehe weiterhin als besonders geschützte Gemeinschaft von Mann und Frau und damit als Orientierungspunkt und Wegweiser zu einem gelingenden Leben gerade auch im Dienst an der Zukunft der Gesellschaft vor Augen stellen." Abgeordnete sollten daher ihrer "historischen Verantwortung" gerecht werden.

In einem Gastbeitrag für die "Rheinische Post" kritisierte der Kölner Weihbischof Dominik Schwaderlapp, der "überstürzten Debatte" fehlte es an "Respekt gegenüber demokratischen Prozessen". Eine Ehe für alle sei ein "Widerspruch in sich", weil die christliche Ehe "einzigartig" sei. Zuvor hatte bereits der Berliner Erzbischof Heiner Koch zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage betont, dass es keine Diskriminierung sei, wenn zwischen den Ehen heterosexueller Paare und den Lebensgemeinschaften gleichgeschlechtlicher Paare unterschieden werde.

Evangelische Kirche begrüsst Ehe-Öffnung, Evangelikale beklagen sie

Der Rat der Evangelischen Kirche betonte am Mittwoch, für die Kirche seien "Vertrauen, Verlässlichkeit und die Übernahme von Verantwortung in der Gestaltung menschlicher Beziehungen von zentraler Bedeutung." Aus Sicht der Kirche biete die Ehe dafür beste Voraussetzungen und sei deshalb ein Zukunftsmodell. "Sie bildet den rechtlichen Rahmen für ein Zusammenleben von zwei Menschen, das auf lebenslanger Treue beruht. Dass auch für gleichgeschlechtlich liebende Menschen, die den Wunsch nach einer lebenslang verbindlichen Partnerschaft haben, der rechtliche Raum vollständig geöffnet wird, in dem Vertrauen, Verlässlichkeit und Verantwortung durch gesetzliche Regelungen geschützt und unterstützt werden, begrüsst die EKD. Die Bedeutung der Ehe zwischen Mann und Frau wird dadurch keineswegs geschmälert. Im Gegenteil – sie wird noch einmal unterstrichen."

In den Landeskirchen und der Kirche weltweit gebe es unterschiedliche Auffassungen, die ihre Berechtigung hätten, so die EKD weiter. "Die Debatte um die Öffnung der Ehe ist über mehrere Jahre ernsthaft und mit wechselseitigem Respekt geführt worden. Wir hoffen, dass sie in diesem Geiste auch am Freitag im Bundestag geführt wird."

Nachtrag vom 30.6.2017: Ehe für alle beschlossen

393 Abgeordnete stimmten am Freitagmorgen für die Gleichbehandlung von lesbischen und schwulen Paaren, 226 dagegen, vier enthielten sich.

"Die Ehe wird von zwei Personen verschiedenen oder gleichen Geschlechts auf Lebenszeit geschlossen" – so steht es demnächst in § 1353 Absatz 1 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches, mit allen Konsequenzen bis hin zum Adoptionsrecht. Der Bundestag stimmte am Freitag mit grosser Mehrheit, einer größeren als erwartet, für den Gesetzentwurf des Bundesrats, der die Ehe für alle öffnet.

Die Opposition stimmte zusammen mit der SPD geschlossen für die Ehe-Öffnung (2 Abgeordnete fehlten), bei der Union stimmten 75 Abgeordnete dafür. 225 Abgeordnete von CDU/CSU, darunter die Bundeskanzlerin, stimmten dagegen, vier enthielten sich und fünf haben nicht abgestimmt. Das Gesetz geht nun zurück in den Bundesrat, nach der dortigen endgültigen Verabschiedung am nächsten Freitag muss es noch durch den Bundespräsidenten unterschrieben und im Bundesgesetzblatt veröffentlicht werden. Klappt das bis Ende Juli, tritt die Ehe-Öffnung zum 1. Oktober in Kraft.

Erste heftige Reaktionen von Homo-Gegnern

Die Chefin des Bündnisses "Demo für alle", die christliche Aktivistin Hedwig von Beverfoerde, fand deutliche Worte:

Die Entscheidung im Bundestag ist gefallen. Wider das Naturrecht und unsere Verfassung haben heute Morgen 393 Abgeordnete gegen 226 Stimmen und 4 Enthaltungen eine Neudefinition der Ehe beschlossen und damit einen entscheidenden Zivilisationsbruch und Kulturbruch vollzogen. Ab sofort ist die zivile Ehe zur leeren Hülle geworden, die, je nach Machtverhältnissen gesellschaftlicher Gruppen, beliebig mit neuen Inhalten gefüllt und pervertiert werden kann. Genau dafür steht das Programm "Ehe für alle".

Homosexuellen-Paare können jetzt Kinder adoptieren, was die Legalisierung der Leihmutterschaft nach sich ziehen wird. Wir werden angesichts des sprunghaft wachsenden muslimischen Bevölkerungsanteils absehbar die weitere Ausweitung der "Ehe" auf Polygamie und dann auch Kinderehe

erleben. Unsere Volksvertreter haben heute mehrheitlich gezeigt, dass ihnen kein Grundgesetz, kein Verfassungsgerichtsurteil, kein CDU-Parteitagbeschluss, und erst recht kein Gott heilig ist, wenn ihre aktuelle Gefühlslage gerade dagegen steht. Dieser Tag ist ein schwarzer Freitag.

Der russische Duma-Abgeordnete Witali Milonow, Autor des St. Petersburger Gesetzes gegen Homo-"Propaganda" und von Präsident Putin mit dem Verdienstorden für das Vaterland ausgezeichnete homofeindliche Haudegen, hat gegenüber der Nachrichtenagentur NSN erklärt, er werde die Kirchenanführer Deutschlands mit einem Schreiben aufrufen, alle Mitglieder des Bundestages zu exkommunizieren, die für die Ehe-Öffnung gestimmt hätten. "Sie sollen sich der Kirche Satans anschließen". Für ihre Koalition habe sich Merkel mit dem Satan verbunden und diesen geküsst, so der Politiker.

queer.de / 29.6.2017 und 30.6.2017